

zu weiteren Verläufe des Kampfes sind zwei Granaten in die Siedlung eingeschlagen und haben sie stark beschädigt. 300 Männer des Generals Zapata sind in die Stadt eingedrungen und haben die Panzerstruppen angegriffen.

General Huerta griff mit 4000 Mann Truppen und einer Artillerie von Panzertruppen und Artillerie die Kapelle an, in der sich versteckt hielt. Neben dem Ausgang des Kampfes ist bis zur Stunde noch nichts bekannt.

London, 12. Februar. Nach den letzten Meldungen der Daily Mail ist die Lage dort eine sehr ernste. Auswärtige sind bei den letzten Kämpfen mit Ausnahme von zwei Amerikanern, die leichte Verlebungen erlitten, nicht verwundet worden.

Die Rüstungen der Vereinigten Staaten.

Washington, 12. Februar. Das Quartermasteramt gibt bekannt, daß die Vorbereitungen für die Abfahrt von Truppentransporten nach Mexiko beendet seien. Ob auch weitere Vorschlagsmehrheiten getroffen würden, würde wahrscheinlich durch die weitere Entwicklung der Dinge bestimmt werden. Es befinden sich jetzt zwei amerikanische Konteradmirale in den mexikanischen Gewässern, der eine an der West-, der andere an der Ostküste.

Das Kabinett hat beschlossen, daß, falls die Zustände in Mexiko so verschlimmerten, daß die Landung amerikanischer Truppen notwendig werde, Präsident Taft die Angelegenheit dem Kongreß über Special Commission unterbreiten wolle. 35 000 Mann der Armee und Marine werden in Bereitschaft gehalten.

Japan.

Die Waffen in Tokio. Gestern, 12. Februar. Gleichzeitig der am gestrigen Nationaltag angelegten Versammlung der Jugendverbündungen wurde die Polizei aufgeboten, die die Ablösung der Verfassung verhinderte.

Darauf versuchten die Mitglieder der Verbindung, eine Versammlung auf offener Straße abzuhalten, wurden aber wiederum ausgetrieben. Die Menschenmassen griffen daraufhin die Büros des Ministeriums an und schlugen einige Beamte ein. Auch hier mußte die Polizei eingreifen und sie mit blauen Säbeln zurückdrängen. Die Unruhen dauerten bis heute morgen.

Das neue Kabinett ist eine Koalition von Anhängern der Partei Solukwari und der Sozialistischen Partei (Nationalsozialisten). Die Minister für auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Marine sind vom Kaiser ernannt worden, um die Erfüllung einer Frist zu verhindern. Man glaubt, daß Kata, Agiotti und Salvozzi in ihren Ämtern bleiben werden. Es verlautet, daß der Zeitraum sich möglicherweise eine Woche verlängert wird, um das Ministerium in den Stand zu setzen, sich zu konstituieren und das Regierungsprogramm vorzubereiten.

## Offensive und Geldnot.

Nicht hingen Bulgaren und Türken an, sich gegenseitig die Schwäche zu bezeichnen. So heißt es in einem Konstantinopler Telegramm: in türkischen offiziellen Kreisen sei man entwöhnt über die übertriebenen bulgarischen Siegesnarrative auf der Gallipoli-Halbinsel. Die Pforte erklärt, daß nur zwei türkische Divisionen, nicht sechs, wie die Bulgaren behaupten, sich an der militärischen Demonstration bei Sultaniye beteiligt hätten. Die türkischen Verluste überschritten nicht 800. Die bulgarische Armee sei keinen Schritt vorgedrungen und die Türken seien in ihren verschwanzten Stellungen gegenüber von Sultaniye geblieben.

Nun scheint es allerdings, als ob an den türkischen Nachrichten in diesem zweiten Teile des Krieges mehr wahr ist als im Anfang des Feldzuges. Jedenfalls steht fest, daß die Türken um Gallipoli sich bisher sehr tapfer gehalten und bei Erzalatda eine Offensive ergriffen haben, der die Bulgaren ihnen einige Positionen haben opfern müssen. Die türkischen Nachrichten beruhsten mehr, als die Wahrheit behauptete. Ebenso scheint es auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu liegen: um Sultaniye. Die montenegrinisch-serbischen Erfolge empuppen sich jetzt als Wiherschlag. Es wird darüber gemeldet:

Wien, 12. Februar. Die Südostslawische Korrespondenz meldet aus Montenegro, daß sehr verlässlicher Quelle auszutragen: Die amtlichen Berichte über die Kämpfe um Sultaniye erinnern sich als nicht in jeder Hinsicht der Wahrheit entsprechen. So zeigt bei den Kämpfen um den Tarabosch. Die Serben werden durch Maschinengewehrfeuer überschüttet und von den Balkanfronten zurückgeworfen. Der Angriff auf den Tarabosch selbst wurde von den Montenegrinern mit großer Entstiegung ausgeführt, blieb aber erfolglos. Die Besitzungen des Berges stehen vollkommen intakt, alle anders lautenden Gerüchte sind unzutreffend.

Wien, 12. Februar. Nach hier vorliegenden authentischen Nachrichten haben die Montenegriner zwar einen Teil der Festung auf dem Tarabosch im Sturm genommen, dagegen bei Urdica eine wichtige Riederrücklage erlitten, daß sie in volliger Einschließung unter Verlust von über 6000 Toten und Verwundeten nach Buschati zurückweichen mussten.

Irgo allein bleibt die Lage der Osmanen verzweifelt, weil das Geld knapp wird und kein Punkt gelingen will, auf dem die Osmanenbank verzagt. Im Auftrage des Finanzministers gab der stellvertretende Direktor der Osmanenbank, Kiaz, auf der Pforte die Erklärung ab, daß aus Gründen der Neutralität die Verhandlungen wegen Bewährung eines Konsenses abgebrochen werden müssten. Und die Daily Mail meldet über die türkische Not:

Konstantinopel berichtet sich die Lage und wird immer verheerender. Der Straßenbahnbetrieb ist völlig aufgehoben, der Handel steht ganz und gar. Vieles Geschäftsteile im Banken- und Finanzwesen sind aufgehoben. Die Cholera wütet auf der osmanischen Seite und fordert jeden Tag weitere Opfer. Von Gallipoli kommen diese furchtigen Soldaten. Die Regierung macht verzweifelte Bemühungen, um Geld zu erhalten, aber völlig verzweifelt. Wenn die Bulgaren in Konstantinopel einzeln werden, so werden sie nicht mehr vorfinden. Die Türkei entwölft sich mehr und mehr zu einer Freistaat.

Angeblich dieser Geldnot wird die osmanische Friedensliste verständlich. Was nützt eine erfolgreiche Offensive, wenn sie doch über kurz oder lang an Verbündeten zusammenbrechen droht? — Neben die türkischen Friedensbemühungen wird gedacht:

London, 12. Februar. (Kurzmeldung.) Lewist Pojsha soll die nächsten Tage um die Intervention der Mächte im Interesse des Friedens erscheinen. Es wurde ihm geantwortet, daß eine Intervention unmöglich sei, sofern die Pforte nicht Vorschläge unterbreite, die unzweckbar erscheinen. Es ist die Ansicht verbreitet, daß Gallipoli der Nebenbericht neuer Vorschläge sein wird.

Die Botschaftskonferenz beschäftigte sich gestern ausschließlich mit der Forderung der Türkei. Die Botschafter werden am Freitag die Verhandlung der allgemeinen Lage wieder aufnehmen.

Konstantinopel, 12. Februar. Neben die Wahrheit der Nachrichten aus London befragt, ob man kurz vor der Aufnahme der Friedensverhandlungen steht, erklärte der Großkreis: Die Nachrichten entstehen nicht der Wahrheit. Eine

Wiederholung der Friedensverhandlungen oder die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Mächten ist natürlich. Die Verhandlungen können auf Grund der Neutralität der Pforte wieder aufgenommen werden. Ich habe das Großkreis nicht zu dem allgemeinen Zweck übernommen, den Krieg fortzuführen, sondern dazu, alle Anstrengungen zu machen, um zu unseren Bedingungen, die sowohl wie möglich die Interessen des Landes wahren, Frieden zu schließen. Die Regierung wird den Krieg fortsetzen, wenn sie es für diesen Zweck möglich erachtet. Die militärischen Aktionen gehen, mit welcher Energie die Regierung entschlossen ist, das Land zu verteidigen. Aber es ist Pflicht der Regierung, auf diplomatischem Wege auf den Frieden einzuarbeiten. Die Regierung beschäftigt sich also mit dem Schlußfazit, das den Mächten überreichten Antimoral und wird sich bemühen, auf den Grundlagen dieser Rose Frieden zu schließen.

## Vom südöstlichen Kriegsschauplatz.

Wien, 12. Februar. Die Neue Freie Presse meldet aus Konstantinopel: Der gestern von den Bulgaren erneute Versuch, bei Jeniwa, südlich vom Tarabosch, die Erzalatda-Schlucht zu durchbrechen, wurde nach heftigem Kampf siegreich abgewehrt. Der Geschäftsdienner war bis spät abends in den Vororten von Vera zu hören.

Konstantinopel, 12. Februar. Raut hier vorliegenden Blätternmeldungen ist es lützlichen Freiwilligen gelungen, bei Wida zu Lande zu gehen und die Bulgaren zu zwingen, diese wichtige Position zu räumen.

## Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 12. Februar. Wie "Alendar" meldet, haben die türkischen Streitkräfte in Janina den Bahnhof angegriffen und nach 3½ Stunden Kampf die Griechen vernichtet. Von einem Regiment hätten sich nur 8 Männer, von denen noch 6 verwundet waren, gerettet. Den Türken fehlten 15 Kanonen und eine Menge Munition in die Hände gefallen. Nach Meldungen, die gestern aus Sultaniye hier angelangt sind, waren die Montenegriner keinen Angriß mehr. Die Serben sollen ihnen die Unterstützung verweigert haben.

### Christenmassaker.

Tessla, 12. Februar. Nach offiziellen Mitteilungen ist die heutige Nacht an allen Fronten des Kriegsschauplatzes ruhig verlaufen. Die gerüchteweise verlaue, sollen türkische Truppen in den Distrikten Kambargas, Asenien und Ossali die christliche Bevölkerung massakriert haben. Frauen und Kinder wurden teils massakriert, teils mit an Bord der Schiffe genommen.

### Türkische Schiffsunfälle.

Konstantinopel, 12. Februar. Schleppdampfer, welche von hier zur Schwarzmeerküste entsandt worden sind, arbeiten an jedem unter dem Beiblatt des Panzerkrieges bestreitbar, dass Schädlingsbefreiung und unbekannt sind.

Gestern aufzugehen kam an der Marmarafähre ein kleiner türkischer Transportdampfer, der an eine Seemine stieß. Es ist unbekannt, wieviel Truppen umgekommen sind.

### Zur internationalen Situation.

Wien, 12. Februar. Die internationale Situation ist vollständig ungelöst und die voranzuhreibenden Schwierigkeiten in der Frage der Abgrenzung Albaniens sind in einem von der Diplomatie doch nicht erwarteten Maße eingetreten. Österreich besteht darauf, für seinen serbischen Nachbarn Eingang zu erzielen. Tatsächlich hat Österreich schon angegeben, daß die Serben die Städte Ipel und Prizren einzunehmen. Es steht rein albanisch und Albanien will aber noch Kakava erlangen und glaubt, daß es ohne dieses Jugendland Sultaniye nicht preisgeben dürfe, wenn die türkische Regierung nicht nachträglich große Schwierigkeiten haben will. Es handelt sich aber in der Hauptstadt nicht um diese Stadt, sondern um die Frage der Vorherrschaft auf dem Westbalcan.

## Parlamentarische Kommissionen.

### Die Konferenzlaufel.

Die Spezialdebatte wurde in der Dienstagsitzung der Reichstagskommission bei dem § 74a der Vorlage fortgesetzt. Es soll die Vorwürfungen aufzählen für die Zulässigkeit von Weltbewerbsverboten. Die Regierungsvorlage bestreitet sich auf die bezahlte Kurant. Es scheint, als ob auf allen Seiten der Kommission diese Kurant als ungünstig angesehen wird. Die Debatte dreht sich daher um folgende, in den vorliegenden Minuten formulierten Fragen: 1. Festlegung einer Gebietsgrenze, die zu der Konferenzlaufel unzulässig sein sollen; ein sozialdemokratisches und ein konservativer Antrag fordern dieses Verbot und schlagen 5000 M. als Grenze vor. 2. Die Fortschrittkritiker beantragen, die Zulässigkeit der Konferenzlaufel zu beschließen auf alle leitenden Stellungen und Geschäftsführer sowie auf alle sonstigen Stellen, wenn diese während ihrer Beschäftigung Einblick in wesentliche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse hatten. 3. Die Zeitbauer eines Weltbewerbsverbots soll nach dem Antrag unserer Genossen und des Fortschrittkritikers höchstens ein Jahr betragen, der Zentrumsantrag will zwei Jahre den Prinzipialen zugelassen. 4. Die Entschädigung soll in einem Jahre in Höhe des vollen Gehalts gezahlt werden, was von unseren Genossen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt wird; das Zentrum will, wenn z. B. ein Umgang möglich war, den Angestellten höchstens mit 25 Prozent des Gehalts befristet entzädigen, während die Fortschrittkritiker in jedem Falle 1/4 des Gehalts beanspruchen.

Die Debatte dreht sich im wesentlichen um die Frage, auf welchem Wege am besten die Abschaffung der Halle mit schutzberechtigten Interessen erreicht ist. Das Zentrum will diese Interessen durch eine sogenannte "Generalauflösung" regeln, die alles in das freie Gewissen des Richters stellt; es will durch einen "verbesserteren" Antrag des Weltbewerbsverbot zulassen, um den Prinzipial gegen zu schützen, daß Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse und sonstige wirtschaftliche Werte, die zum Verlust des Betriebsstandortes gehören, preisgegeben werden". Die Liberalen wollen die Abgrenzung durch Feststellung des Angestellteneliktes. Sie und das Zentrum lehnen eine Gehaltsbegrenzung ab. — Ein Regierungsvorsteher äußert schwere Bedenken, eine Beweispflicht des Prinzipials zu verbinden mit der Formel "Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse"; das sei momentan für die Industriellen unannehmbar. Der leidenschaftliche Zentrumsantrag sei technisch; die Kaufmannsgerichte würden damit nichts anzufangen. Die geforderte Gehaltsbegrenzung habe keine innere Begründung und beschädige den kleinen Geschäftsmann.

Infolge der Debatte in der vorigen Sitzung über den von unseren Vertretern getroffenen Vorschlag haben sie nunmehr als Abstimmung 4 zu § 74a beantragt: "Richtig ist auch die Verelbmung, wodurch ein Dritter am Stelle des Handelsgeheimnis oder neben ihm Verpflichtungen übernimmt wegen eines Weltbewerbsverbots gegen den Handlungsbereich." Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Ob für die von unseren Genossen geforderte Gehaltsbegrenzung, die nach Einsicht des Nationalüberhohen Marquardt, dem Sekretär einer bürgerlichen Handlungsbereichsvereinigung, allein eine sichtbare Besserung bedeuten würde, eine Mehrheit besteht, ist fragwürdig.

In der Plenarsitzung ist die Verelbmung des § 74a des Gesetzes noch nicht zum Abschluß gekommen. Von der großen Menge der Verhandlungen die Einzelheiten deutlicher ab, die auf eine Mehrheit rechnen können. Danach besteht eigentlich eine große Mehrheit für

Befreiung des Konferenzlaufelwesens durch: 1. einjährige Sitzungsduauer; 2. Zahlung mindestens des vollen Gehalts für die Sitzungsduauer. Hiergegen stimmen nun aber die Regierungsvorsteher mit aller Kraft an. In der nächsten Sitzung am 19. Februar wird es zur Abstimmung kommen, von der der Vertrag des Gesetzes für die Angestellten überhaupt abhängt.

### Wahlprüfungen.

Am Dienstag wurde die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Cohn (Soz.) zu Ende geführt. Wenn alle in dem Protest beauftragten Untergliedheiten als wahr erwieken werden würden, hätten im überragenden Falle dem Abg. Dr. Cohn 231 Stimmen abgezogen und dem unterlegenen Dr. Wiener 749 Stimmen zugesetzt werden können. Es hätte sich jedoch um 1030 Stimmen gehandelt. Da Dr. Cohn aber eine Mehrheit von 1642 Stimmen hatte, so konnte die Resultat der Wahl nichts geändert werden. Die Kommission erklärte daher die Wahl einstimmig für gültig.

### Der Marine-Etat.

Bei der Wellerberatung des Marine-Etats in der Budget-Kommission des Reichstags erklärte am Dienstag Genosse Dr. Südbaur, daß hier die Arbeitsfähigkeit bestimmt. Beamten im Reichsmarineamt. In den mittleren Chargen sei ein offenkundiger Mangel an Beschäftigung vorhanden, die Arbeitszeit dieser Deutschen ungewöhnlich kurz, dasdauer die Freizeit ebenso lang. Dies müsse vermieden werden. — Staatssekretär Tiefly und Admiral Dahn hielten bestreit die Richtigkeit der Südbaur'schen Kritik. — Genosse Rosse trat für die Regelung der Technikerfrage, die für 1914 ja versprochen worden sei.

Bei einer Debatte über das Stellentauschverbot brachte Genosse Südbaur, daß ihm der Russball dieses Kartentausches sehr kompliziert sei, und das um so mehr, weil das deutsche Armeematerial umständlich das Beste der Welt sei. Deutschland könne auf diesem Gedanke sehr wertvolles leisten. Diesem Urteil schloß sich auch der Abg. Südbaur an. — Annahme fand eine Resolution, die eine Regelung der Postbahn der Balkanmeier, Anteilsaufsichtsräte usw. fordert. Lieber die Postbahn, ferner über Postabzüge, die zu einer Flut von Prozessen gegen die Marineverwaltung geführt haben, fand eine längere Aussprache statt. Genosse Rosse erklärte dabei, es sei doch eine recht machtvollere Erichtung, daß Beamte und Offiziere gegen den Russball klagen wegen der Postabzüge aus, um sich materielle Vorteile zu sichern. Die Angelegenheit schmeißt gegenwärtig vor den Gerichten. Es handelt sich dabei um eine Summe von etwa 25 Millionen Mark.

Wetterbericht von der Wetterfahne an der Friedrich-August-Bastei vom 13. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 703. Windstärke.

Thermometer +4° R.

Thermometercarap: Min. +1°. Maxim. +5°.

Höhprometer 71°.

Wetterhaus +24 Centimeter.

Prognose der südlichen Sonderwetterlage

für den 14. Februar.

Nordliche Winde; wechselnde Bevölkerung; Nebel; etwas faller; Niederschlag wenig wahrscheinlich, aber nicht völlig ausgeschlossen.

Wetterlage: Ein über Westeuropa lagerndes Tief bindet das westliche Hoch an einer gleichmäßigen Bewegung nach Osten. Sachsen befindet sich am Rande des Hochdruckgebietes und gelangt beim Zurückweichen des Hochs regelmäßig unter den Einfluß des Tiefs. Damit hängen die vorübergehenden Störungen des Wetters zusammen. Im Laufe des Tages erlangt alldann das Hoch die Vorherrschaft und Sicherheit liegt erneut ein. Jedoch ist auch morgen wie am Tage zuvor mit vorübergehenden Störungen, um wechselnden aber trockenem Wetter zu rechnen.

### Dresdner Polizeibericht vom 13. Februar.

Ein etwa 30 Jahre alter Unbekannter bildet ältere, ältere Leute an, gegen Enigkeiten ein Gespräch zur Bekämpfung ihrer Lage anzufertigen. Der Unbekannte, dem es nur um die Erlangung des Enigkeiten zu tun ist, trägt dunklen Überzieher. Es wird erachtet, den Mann durch den nächsten Gendarmerieposten festnehmen zu lassen.

### Letzte Telegramme.

#### Niederrheinabfahrt.

Berlin, 13. Februar. (Privatelegramm.) Zu der heutigen Sitzung der Budget-Kommission drohte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Tiefly mit seinem sofortigen Rücktritt, wenn die Kommission einen Antrag zu stimmen würde, der eine Auflösung des Meeres- und Tiefseesoldaten für die Offiziere fordert. Die fehlt geäußerte Debatte dauert noch fort.

"Vollständig falsch." — Eine Entstörung der Bulgaren.

Dimitroff, 13. Februar. (Werbung der Agence Bulgare.) Ein Communiqué aus dem Hauptquartier über die militärischen Operationen in der zweiten Kriegsperiode, die den türkischen Waffen angehören Sieg über die Bulgaren zu schreiben, sind vollständig falsch. Das Communiqué schreibt dann eine Reihe dieser Operationen: 1. Festlegung einer Gebietsgrenze, die zu der Konferenzlaufel unzulässig sein sollen; ein sozialdemokratisches und ein konservativer Antrag fordern dieses Verbot und schlagen 5000 M. als Grenze vor. 2. Die Fortschrittkritiker beantragen, die Zulässigkeit der Konferenzlaufel zu beschließen auf alle leitenden Stellungen und Geschäftsführer sowie auf alle sonstigen Stellen, wenn diese während ihrer Beschäftigung Einblick in wesentliche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse hatten. 3. Die Zeitbauer eines Weltbewerbsverbots soll nach dem Antrag unserer Genossen und des Fortschrittkritikers höchstens ein Jahr betragen, der Zentrumsantrag will zwei Jahre den Prinzipialen zugelassen. 4. Die Entschädigung soll in einem Jahre in Höhe des vollen Gehalts gezahlt werden, was von unseren Genossen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt wird; das Zentrum will, wenn